Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 45 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 227 | Sonntag, den 28. September 1924 | 19. Jahrgang

Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Die Sehnsucht ihres Herzens nach enger Gemeinschaft mit den Deutschnationalen hat die leitenden Männer der Deutschen Volkspartei zu einem Schritt gedrängt, dessen nächster Zweck noch etwas im Dunkeln liegt, und der nur beweist daß die Deutsche Volkspartei in den letzten Jahren nichts gelernt und in ihrem innersten Wesen immer noch dasselbe geblieben ist wie in den Jahren 1918 und 1919, wo sie in engster Kampfgemeinschaft mit den Deutschnationalen eine kurzsichtige Oppositionspolitik gegen die damaligen Regierungen und gegen den neuen Staat überhaupt trieb. Aber der erneute Beschluß, daß die Deutschnationalen sobald als möglich in die Reichsregierung eintreten sollten, wird zunächst noch keine praktische Wirkung haben. Denn man ist sich, soviel wir wissen, auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei vollkommen darüber klar, daß zunächst einmal das Ergebnis des deutschnationalen Vertretertages abgewartet werden muß, der am 30. ds. Mts. stattfindet. Denn bei dieser Gelegenheit sollen erst die Richtlinien für die künftige Politik der Deutschnationalen Volkspartei gezogen werden. Erst dann wird man wissen, ob die Deutschnationalen sich mit der politischen Lage abfinden werden, die durch die Annahme der Londoner Abmachungen und durch den grundsätzlichen Beschluß auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von der Reichsregierung geschaffen worden ist. Bis jetzt schwankt der Kampf innerhalb der Reihen der Deutschnationalen zwischen den Jasagern vom 29. Aug. und den Unentwegten noch hin und her, und es schien bisher, als ob die Entscheidung sich mehr nach der Seite der nationalistischen Schlagworthelden wenden wollte. Ehe nicht eine vollkommene Klärung innerhalb der Deutschnationalen Partei eingetroffen ist, kann also die Frage ihrer Beteiligung an der Reichsregierung überhaupt nicht angeschnitten werden. Infolgedessen konnte auch der Reichskanzler den Herren Dr. Curtius und Dr. Zapf, die ihm die Wünsche ihrer Fraktion unterbreiteten, nichts anderes antworten, als daß er noch vor Zusammentritt des Reichstages selbst die Frage einer etwaigen Regierungsumbildung prüfen und in Verhandlungen darüber eintreten werde. Reichskanzler Marx gab dabei den aufdringlichen Mahnern eine sanfte Lektion, indem er erklärte, daß es ihrer Aufforderung nicht bedurft hätte, um ihn zu diesem Schritte zu veranlassen.

Diese Haltung des Reichskanzlers war durchaus geboten und zweckentsprechend. Denn es ist allerdings eine mißliche Sache, daß die gegenwärtige Reichsregierung sich im Parlament nicht auf eine feste Mehrheit stützen kann und es ist daher ein Gebot staatspolitischen Verantwortlichkeitsgefühls, nach der großen außenpolitischen Entscheidung die vor kurzem gefallen ist, die Möglichkeiten zu prüfen, zu einer festeren Konsolidierung der Reichsregierung zu kommen. Es wäre unserer Auffassung nach gerade vom demokratischen Standpunkt aus verfehlt, den Deutschnationalen den billigen Vorwand zur Klage zu lassen, daß sie böswilligerweise und ohne hinreichende Veranlassung von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen würden. Man darf gerade im Interesse der republikanischen und demokratischen Staatsform gegenüber einer großen Partei, wie es die Deutschnationalen nun einmal geworden sind, nicht denselben Fehler begehen, den der alte Staat gegenüber den Sozialdemokraten gemacht hat. Aber man darf auf der anderen Seite es den Deutschnationalen nicht ersparen, sich klar und unumwunden über die Ziele zu äußern, die sie verfolgen und deren Erreichung ihre Aufnahme in die Regierung bezwecken würde. Das aber ist der Vorwurf, den man der Deutschen Volkspartei wegen ihres erneuten, an sich völlig unmotivierten Vorstoßes machen muß. Es wird dadurch keine Klarheit geschaffen, sondern im Gegenteil den Deutschnationalen Gelegenheit geboten, sich um eine klare Entscheidung herumzudrücken.

Stürmische Landung des Zeppelin.

Glücklicher Verlauf der 33stündigen Deutschlandfahrt.

Die Nachtfahrt des Z. R. 3.

Besuch der dänischen und schwedischen Küste.

Z. R. 3, der am Donnerstag nach einer überaus glänzenden Fahrt von Süden nach Norden des Reiches die Küste bei Kiel erreicht hatte, hat in der Nacht eine wundervolle Seefahrt unternommen, bei der er nach Norden vorstoßend Skandinavien doch noch den versprochenen Besuch abgestattet hat. In Dänemark und in Schweden hat man dem wundervollen Schiff von Anfang an eine ganz ungewöhnliche Sympathie entgegengebracht. Die Nachtfahrt, die bei fast windstillem, glänzendem Wetter über der Ostsee vor sich ging, hat gezeigt daß die am Donnerstag erreichten Schnelligkeiten kein Zufall sind. Auch während der Nachtfahrt hat Z. R. 3 ständig ein Tempo von 130 bis 150 Kilometer erreicht und nach den bisherigen Berechnungen hat das Luftschiff in den Nachtstunden weit über 1200 Kilometer über See zurückgelegt.

Die Nachtfahrt ist ohne Zwischenfahrt glänzend verlaufen. Von der Küste aus wandte sich das Luftschiff gegen Norden und erreichte um 11 Uhr Bornholm. Um 1 Uhr wurde Kopenhagen überflogen, worauf die Fahrt nach Norden weiterging. Um 1.30 Uhr war Helsingborg erreicht. Von hier aus nahm das Luftschiff wieder Kurs nach Süden. Um 4 Uhr morgens schwebte es über der Insel Rügen, worauf es, über Saßnitz kommend, um 5.40 Uhr in Swinemünde eintraf. Das Wetter war verhältnismäßig günstig. Der Kurs konnte bei tiefster Dunkelheit genau eingehalten werden. Die Stimmung der Passagiere und der Besatzung war unverändert gut und zuversichtlich.

Die Heimfahrt über Bayern.

Hof, 26. September. Das Luftschiff Z. R. 3 hat um 1.20 Uhr nachmittags, von Plauen kommend, die Stadt in südlicher Richtung überflogen.

Nürnberg, 26. September. Um 2,32 Uhr nachmittags flog das Luftschiff Z. R. 3 westlich von Forchheim in Richtung auf Fürth, wo es 2,45 eintraf. Das Luftschiff befindet sich im Anflug auf Nürnberg.

Die Landung in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 26. September. Das Zeppelinluftschiff ist um 6 Uhr 29 Minuten glatt gelandet und um 7 Uhr abends in die Halle gebracht worden.

Bei dem Landungsversuch über Friedrichshafen stellten sich allerdings große Schwierigkeiten ein. Z. R. 3 geriet in einen außerordentlich heftigen Sturm, sodaß der erste Landungsfunkspruch leider nicht sofort verwirklicht werden konnte. Das Luftschiff stieg nun wieder höher hinauf und kreuzte nun bis 6,20 über Konstanz und dem Bodensee, bis um 6.30 abends die endliche glückliche Landung in Friedrichshafen möglich wurde. Bereits um 7.10 Uhr war das Luftschiff in die Halle gefahren.

Die Amerikafahrt Anfang Oktober.

Friedrichshafen 27. Sept. Der Termin der Amerikafahrt des Z. R. 3 wird bereits in den nächsten Tagen besprochen werden. Man hofft, noch in der ersten Oktoberhälfte fahren zu können. Das Schiff ist jedenfalls klar zur Abfahrt über den Ozean. Bei der großen Probefahrt über Deutschland hat das Luftschiff etwa 3600 Kilometer in 33 Stunden zurückgelegt, was eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 110 Kilometer in der Stunde ausmacht. Die Teilnehmer an der Fahrt besonders die amerikanische Prüfungskommission, sind einstimmig der Ueberzeugung, daß es dem Schiff möglich sein wird, ohne besondere Schwierigkeiten den Ozean zu überqueren.

Herriot über eine deutsch-französische Annäherung.

Berlin 27. Sept. Der „Vorwärts" veröffentlicht Erklärungen, die der Ministerpräsident Herriot als Ergebnis verschiedener Unterredungen dem Pariser Berichterstatter des Blattes übergeben hat. Darin heißt es u. a.: Ich habe den tiefen Wunsch, zur Organisation des Friedens in der Welt und besonders in Europa beizutragen. Aber dieses Befriedungswerk wird eine Utopie bleiben, solange Deutschland und Frankreich nicht gemeinsam an der Aufgabe der Kultur und der Verbesserung des Loses der Menschen wirken. Infolgedessen wird eine deutsch-französische Annäherung nicht zu erreichen sein solange die französische Demokratie nicht als Partnerin in Deutschland eine republikanische Mehrheit haben wird, die entschlossen ist rücksichtslos mit der Vergangenheit zu brechen. Es gibt indes Tatsachen, die uns beunruhigen. Wir haben den Eindruck daß nicht alle in Deutschland das Londoner Abkommen so aufrichtig angenommen haben wie wir selbst. Das ist es, was uns bedenklich stimmt. An dem Tage an dem Deutschland offenkundig eine liberale und demokratische Politik treiben würde, würde es sich selbst zweifellos am meisten dienen.

Stürmische Geheimsitzung im Völkerbund.

Paris, 26. Sept. Der Genfer Berichterstatter der „Chicago Tribune" erfährt, daß es gestern in der Geheimsitzung des Völkerbundsrates außerordentlich stürmisch zuging. Lord Parmoor forderte daß die Militärkontrolle über Deutschland durch den Völkerbund zeitlich eingeschränkt wird. Briand hielt eine stolze Rede worin er ausführte, daß eine solche Beschränkung von Frankreich nicht zugelassen würde. Briand forderte ferner im Auftrage seiner Regierung, wie der „Newyork Herald" erfährt, daß nicht nur die Vertreter der Nationen, die im Völkerbundsrat vertreten sind, an der Militärkontrolle teilnehmen sollen, sondern auch die der Nachbarstaaten Deutschlands, insbesondere Polen (!). Der Völkerbundsrat setzte ein Unterkomitee ein, um die Vorschläge Briands zu prüfen. Heute abend soll es in dieser Angelegenheit endgültige Beschlüsse fassen.

Widerspruch gegen Frankreichs Vorschlag.

Genf 26. Sept. Wie „Journal de Geneve" zu wissen glaubt, stößt der Gedanke, die Militärkontrolle in den besiegten Staaten durch die Nachbarländer vorzunehmen, insbesondere Polen bei der Kontrolle in Deutschland und Rumänien bei der in Ungarn mitwirken zu lassen, im Rate auf starken Widerstand. Nicht nur England, Italien und Schweden haben formell Einspruch erhoben, sondern auch andere Ratsmitglieder sollen sich diesem Standpunkt genähert haben. Das japanische Ratsmitglied hat vorgeschlagen, die Nachbarstaaten durch einen Beisitzer in den Kontrollkommissionen vertreten zu lassen. Eine weitere Prüfung der Frage wurde vom Rat einem siebengliedrigen Ausschuß übertragen.

Eine deutsche Note gegen die 26prozentige Abgabe.

Am Freitag hat die Reichsregierung eine Note an die französische Regierung in der Frage der 26prozentigen Abgabe auf die deutsche Einfuhr in Frankreich gerichtet. Die Note ist die Antwort auf die französische Note vom 20. September d. J. Deutschland spricht sein Bedauern aus, daß Frankreich eine solche Maßnahme in Kraft gesetzt hat die eine Behinderung des französisch-deutschen Warenaustausches bedeute und dem Grundgedanken des Sachverständigengutachtens widerspreche. Die Note bedeutet im Prinzip einen Appell an den Transfer-Agenten, dem sie in Abschrift ebenfalls zugestellt wurde.

Das Druckmittel bei den Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 26. Sept. Wie der „Temps" „das „Journal" und der „Matin" gestern abend übereinstimmend meldeten, hat die französische Regierung durch den Botschafter in Berlin der deutschen Regierung mitteilen lassen daß Frankreich der Aufhebung der eingeführten 26prozentigen Abgabe auf deutsche Waren zurzeit nicht nähertreten könnte. Frankreich schlage eine Regelung durch die allgemeinen Bestimmungen des Handelsvertrages vor!

Berlin, 26. Sept. Laut „Tageblatt" führt die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter Führung des Staatssekretärs Trendelenburg am Montag nach Paris ab.

Italien meldet sich auch.

Zürich 26. Sept. Ein römisches Telegramm des faschistischen „Secolo" von gestern bereitet auf die Entschließung des Kabinetts vor nach Erhebung einer 25prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren auch in Italien.

Wieder 330 Ruhrgefangene in Freiheit gesetzt.

Die französische Regierung teilt mit, daß in Ausführung der Londoner Vereinbarungen über die Amnestie bis zum 19. September 1091 schwebende Verfahren niedergeschlagen und 330 Straf- und Untersuchungs-